

London, 15. März. Wie aus Kapstadt gemeldet wird, erlegte sich am Donnerstag im südafrikanischen Parlament ein brennender Streit zwischen den Vertretern der nationalen Partei und der Unionisten, daß dem britischen Admiral bei der Eröffnung des Parlaments der Portritt vor den südafrikanischen Vertretern gegeben wurde. Viele Benachzuegung eines Flottenvertreters einer „ausländischen Macht“ verholte gegen den souveränen Status von Südafrika. Der Ministerpräsident General Herhogg wies die Äußerungen des Abgeordneten (dort) zurück und erklärte: „Der Admiral der Afrika-Station ist der höchste Vertreter unseres größten, wichtigsten und mächtigsten Freundes, nämlich Großbritanniens. Als ich mich noch in der Disposition befand, ist kein Feind in Afrika gewesen, der die englische Flagge an meinen Feind betraute, und daß ich mir keine Sorgen darüber gemacht hätte, wenn die englische Flotte auf den Grund des Meeres gesunken wäre. Nachdem aber jetzt unsere Freiheit wiederhergestellt und der frühere Feind unserer

208.000 Mann stufen. Ein derartiger Unterschied ist unzulässig, selbst wenn man zu diesen 208.000 Mann die 72.000 der im Mutterlande lebenden, aber als Reserve für unsere Überseestreitkräfte zum Schutz und zur Verteidigung unseres großen Reiches bestimmten mobilen Streitkräfte zählt.

Frankreich bleibt der Politik der Festigung des Friedens und der Organisation der internationalen Sicherheit treu und will jene friedliebenden Absichten in seiner Weile in Zweifel stellen. Es hat füglich die Mächte, von deren Haltung das allgemeine Gefühl der Sicherheit oder der Unsicherheit in Europa weitgehend abhängt, aufgefordert, im Rahmen des Völkerbundes sich an regionalen Bestimmungen zur gegenseitigen Hilfeleistung gegen den Krieg zu beteiligen. Frankreich hofft mit Inbrunst, die durch das Andenken an seine 1,5 Millionen Toten immer wieder belebt wird, daß der Geist des Friedens die Regierungen und die Völker befeelen und die neuen Generationen formen möge.

Die Regierung stellt aber, ebenso wie es die englische Regierung in ihrem füglich veröffentlichten amtlichen Schriftstück getan hat, fest, daß noch ein weiterer Weg zurückzuführen ist, die absolute Sicherheit findet, ohne hinter sich die Mittel haben zu müssen, um sich gegen einen Angriff zu verteidigen. Sie wird den Umständen nicht aus dem Wege verlieren, daß noch entsprechende Verteidigungsmittel nötig sind, um die Sicherheit zu gewährleisten und um es Frankreich zu ermöglichen, in vollem Umfange an der Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt mitzuarbeiten.

Unter diesen Bedingungen hat die Regierung in dem Bewußtsein ihrer Verantwortung und im Rahmen des Gesetzes vom 31. März 1928 beschloffen, auf Grund des Artikels 10 dieses Gesetzes die Rekruten, die im April und im Oktober d. J. eingezogen werden, noch länger unter den Fahnen zu behalten. Derselbe Beschluß findet auf die Kontingente bis einschließlich 1939 Anwendung, vorausgesetzt, daß bis dahin keine Erleichterungsmaßnahmen getroffen werden können, die durch eine günstige Entwicklung der Verhandlungen gerechtfertigt sein müßten und sich auf die Organisation der Sicherheit und der Rüstungsbeschränkungen beziehen. Die zeitliche In-Deinhaltehaltung wird für die Rekruten, die im April 1936 zwölf Monate gedient haben, weitere sechs Monate betragen und für die späteren Klassen auf weitere zwölf Monate ausgedehnt werden. Gemäß Artikel 40 des Gesetzes vom 31. März 1928 hat die Regierung die Kommanden von diesem Beschluß, den der Ministerrat gefaßt hat, in Kenntnis.

Außerdem hat der Kriegsminister heute im Büro der Kammer einen Gesetzesentwurf eingebracht, der ihn ermächtigt, das augenblickliche militärisch-pflichtige Alter allmählich bis auf 20 Jahre herabzusetzen und die getrennte Einziehung der Rekruten (April und Oktober) aufzuheben. Derselbe Gesetzesentwurf steht in einem noch durch das Finanzgesetz festgelegenden Rahmen einer Erhöhung der Zahl der Rekruten und der Ausgaben.

Die Verpflichtungen und Rekrutpflichten stellen in der Tat ein wirksames, wenn auch teures Mittel zur Erhaltung der Effektivebestände dar.

Das gesetzliche Höchstmaß von 117.000 Berufssoldaten ist fast erreicht, denn die Zahl der Soldaten, die länger als ein Jahr unter der Fahne bleiben, beträgt augenblicklich 103.000.

Die Regierung hat nur die normalen Effektivebestände des einjährigen Militärdienstjahres während der mageren Jahre beibehalten wollen, indem sie diese Beschlässe, heute und dem Parlament diese Maßnahmen vorschlägt. Sie hat niemals die Lösung der Frage der Effektivebestände mit der sehr viel weitergehenden Frage der Landesverteidigung verwechselt und wird sie auch nicht verwechseln. Sie unterstreicht aber, daß der Schutz der Grenzbesetzungen und des Landes gegen den Einfall und die Auswanderung sowie die Unterhaltung eines modernen Materials ein Mindestmaß von Effektivebeständen erfordert, das durch das einjährige Militärdienstgesetz gegeben war, das aber in den rekrutierten Zahlen ohne die getroffenen und vorgeschlagenen Maßnahmen nicht mehr gewährleistet ist. Sie appelliert an die patriotische Mitarbeit des Parlaments, das noch niemals die Landesverteidigung im Stich gelassen hat, um Frankreich die Mittel für seine Sicherheit zu geben. Sie erklärt noch einmal den friedlichen Willen eines in einem Jahrhundert viermal überfallenen Landes und sie ist sich bewußt, der Repräsentant eines Landes zu sein, das seine Rüstungen nur in dem Maße aufrechterhält, wie sie für die Verteidigung des Friedens, die Aufrechterhaltung der Sicherheit und die Entfaltung des Angriffs notwendig sind.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden durch leiseres Zwischenrufen gestört. Seine Erklärungen wurden von den Rechten und der Mitte mit Beifall aufgenommen, während auf der Linken einiges Schweigen herrschte, das bis in die Reihen der Radikalschulung ging.

Die Kammer beschloß einstimmig, sofort zur Behandlung der parlamentarischen Anfragen über die Militärpolitik der Regierung zu schreiten.

Léon Blums Zweifel an der Verteidigungstendenz.

In 15-minütiger Rede entwickelte der Ministerpräsident Léon Blum seine Anfrage über die Militärpolitik der Regierung, worauf eine Sitzungspause eingeschoben wurde. Léon Blum warf der Regierungserklärung Zweideutigkeit vor und wandte sich scharf gegen die Art, in der die Regierung die Erhöhung der Dienstzeit vorgenommen habe. Die Form müsse im ganzen Lande verständlich erscheinen. Er vermisse eine klare Stellungnahme über das Problem der zweijährigen Dienstzeit. Die Gegenüberstellung der französischen und der deutschen Effektive-

bestände in der Erklärung Hindens bezeichnete Blum als lächerlich, da auch in Deutschland rekrutierten Armee Jahrgänge bevorstünden. Aber im Jahre 1940 würde Deutschland über das doppelte Jahresskontingent wie Frankreich verfügen. Dann würde man behaupten, daß die zweijährige Dienstzeit gar nicht mehr zu umgehen sei. Es wäre richtiger, wenn die Regierung ihre Absichten gleich offen bekundete.

Sieben Milliarden Franken seien für die Befestigungs- und Rüstungswerte vorgesehen, um Effektivität zu sparen. Warum andere man jetzt die Politik? Als Marshall Belain Kriegsminister war, habe er die zweijährige Dienstzeit nicht geändert. Das Jahresskontingent 1935 sei völlig normal. Frankreich verfüge im Mutterlande einschließlich der Kolonialkräfte, die in Frankreich in Garnison liegen, nicht über 238.000 Mann, sondern über eine viel höhere Zahl, die sich 500.000 näherte.

(Der Vorlesende des Horesauschusses nennt in einem Zwischenruf die Zahl von 250.000.) Léon Blum gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß die vorhandenen Effektivbestände ausreichend seien, wenn es sich darum handele, die Befestigungswerte zu beheben und eine Verteidigung zu organisieren. In gewissen Kreisen der Armee sei aber eine Tendenz zur Schaffung eines Berufsheeres festzustellen.

Man ziehe also auf die Einführung der zweijährigen Dienstzeit und auf die Bildung eines Berufsheeres ab. Frankreich verfüge über größere Streitkräfte als die tatsächliche Verteidigung erfordere. Man bereite eine Angriffsstrategie vor.

Gegen die Gefahr eines Angriffs könne Frankreich seine Sicherheit im Weltfrieden finden. Wieviel Dienstjahre würde man brauchen, um den Weltfrieden zu gewinnen? Die Sozialisten glauben nicht an die Notwendigkeit einer Gesamtwahl. Die wahre Sicherheit sei diejenige, die den Krieg verhindert.

Leon Blum richtete an die Regierung die Frage, warum sie den Fortschritt der Sicherheitsorganisation (Eintritt Spaniens in den Völkerbund, römische Abkommen usw.) nicht bekräftigen. Das Vertrauen und die ihm entsprechende Stimmung sei unvereinbar mit der Propaganda für die diplomatische Organisation des Friedens.

Man müsse Deutschland zwingen, ein Abrüstungsabkommen zu unterzeichnen.

Zum Schluß befaßte sich Léon Blum mit der Frage, ob man heute vor den gleichen Fragen stehe wie 1913 und ob sich in den 22 Jahren nichts geändert habe. Dann hätten die Opfer des Krieges keinen Zweck gehabt. Wenn man sein Leben singe, so müsse das der nächsten Generation wenigstens einen Nutzen bringen.

Die Aussprache.

Die Nachschluß der Kammer begann mit einer fast einhändigen Rede des Kommunisten Thorez vor mehr oder weniger leeren Reihen. Der Saal füllte sich wieder während der Ausführungen des rechts gerichteten ehemaligen Ministers Paul Reynaud, der vor allem für eine Reform der überhöhten Militärorganisation Frankreichs im Sinne der Aufstellung eines Berufsheeres sprach. Er verteilte den Standpunkt, daß Qualität wichtiger sei als Quantität. Demnach schloß wurde die Aussprache, als der Abgeordnete Reibel von der Gruppe Tardieu gegen das Vorgehen der Regierung Stellung nahm. Er wandte sich dagegen, daß diese wichtige Frage nicht zum Gegenstand einer unvollständigen Gesetzesvorlage gemacht worden sei und bezeichnete die Maßnahmen der Regierung als unzulänglich.

Einen ziemlich scharfen Angriff ritt der ehemalige Kriegsminister und radikalsozialistische Abgeordnete Dala-dier gegen die von der Regierung getroffenen Maßnahmen. Dala-dier ist der Ansicht, daß man die Ruhe nicht verlieren und auf die Hoffnung nicht aufgeben dürfe, daß die internationalen Verhandlungen zu einem Ergebnis führen könnten. Wenn er in der Hinsicht auch mit der Regierung einer Auffassung sei, daß Frankreich inzwischen nicht geschwächt werden dürfe, so teile er doch nicht die Ansicht über die angewandten Methoden. Seit 1920 seien etwa 100 Milliarden für die französische Landesverteidigung ausgegeben worden. Ob sie richtig verwendet worden seien, bleibe dahingestellt. Dala-dier sprach für die Erhöhung der französischen Militärkräfte und für den raschen Abschluß des Rüstungsausbaus von etwa 60.000 bis 70.000 Mann durch die Einstellung von Spezialisten aus, die den doppelten Wert hätten wie die gewöhnlichen Soldaten. Ferner wies er darauf hin, daß die römischen Abkommen Einparungen bei der Effektivestärke an der französisch-italienischen Grenze gestatten müßten. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß bei gutem Willen die eben angegebenen Maßnahmen durchgeführt werden könnten, zumal die Geldfrage keine Schwierigkeiten bereiten würde, und daß sie eine Verlängerung der Dienstzeit zunächst überflüssig machen würden.

Vertrauensvotum für die Regierung.

Die Kammer hat nach Abschluß der Aussprache über die Frage der Erhöhung der Dienstzeit mit 354 gegen 210 Stimmen der Regierung das Vertrauen ausgesprochen durch Annahme einer von radikalsozialistischer Seite eingebrachten Entschließung, die die Erklärung der Regierung billigt, ihr das Vertrauen auspricht und den Übergang zur Tagesordnung fordert.

gen ziffernmäßig belegten Vergleichen auf verschiedenen Wirtschaftsbereichen beider Länder stellte er fest, daß Deutschland hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr mit Österreich absolut und auch relativ immer noch an erster Stelle stehe. Auch die früher starke deutsche handelspolitische Aktivität habe aber einer Ausgesiebertheit in den letzten Monaten Platz machen müssen. Während früher das Verhältnis 10:6 bestand, erreichte die Bilanz im Januar 1935 ein Verhältnis von 10:14. Dahingegen haben wir im Verkehr zwischen Österreich und der Tschechoslowakei ein Verhältnis von 10:24, gegen Polen ein Verhältnis von 10:37, also eine außerordentliche österreichische Passivität.

Gegner von Papst. Als mit der Erklärung, Deutschland habe nicht das mindeste gegen den Ausbau des österreichischen Handels zu anderen Staaten, aber es wolle seine legitimen Märkte behaupten. Die Februarzahlen des deutsch-österreichischen Güterausstausches bewiesen, daß Deutschland bereits in Vorlage sei. Dieser Zustand könne nicht aufrechterhalten werden, wenn man fortjähre, Deutschland schlechter zu behandeln als alle anderen Völkerländer, denen gegenüber Österreich eine völlig passive Bilanz habe.

Blid in die Welt.

Eine Schweizer Zeitung hatte vor einigen Tagen mit Beifriedigkeit festgestellt, daß das europäische Friedensschiff auf seiner gewiß nicht leichten Fahrt zwei Lecks erlitten habe. Einmal sah das Blatt diese Lecks in der Spannung, die das Erscheinen des englischen Weißbuches mit sich gebracht hatte, und zum anderen in der griechischen Revolution, die zu internationalen Verwicklungen zu drohen führte. Inzwischen sind beide Lecks wieder gebügelt worden. In Griechenland herrscht dank der Energie, mit der die Regierung Metaxas gegen die Aufständischen vorgeht, wieder Ruhe und Ordnung, und wenn etwa irgendwo Gefühle vorhanden gewesen sein sollten, im Trüben zu fischen, so zeigt man überall wieder Umsicht und Besonnenheit. Andererseits hat die Unterhausdebatte über das englische Weißbuch gezeigt, daß die englische Regierung an dem Londoner Kommuniqué vom 3. Februar festhält. Aus der Zustimmung der Reichsregierung zu dem von englischer Seite vorgeschlagenen Befristungsplan für den englischen Außenminister darf man auch wohl schließen, daß dem Führer sein Gesundheitszustand die Führung dieser Besprechungen ermöglichen wird. Vielleicht könnte man also von einer gewissen Entspannung sprechen. Aber die englischen und französischen Pressestimmen nötigen doch zur größten Vorsicht bei der Anwendung dieses Wortes. Ganz offensichtlich hält man in Paris und London daran fest, daß der ganze Wust von Fakten beibehalten werden soll. Nicht nur das Lust-Lozano, auch der Diktat und der Rüstungsmessungspakt sollen mit der Rüstungsfrage gekoppelt werden. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß auch eine persönliche Aussprache zwischen den führenden Staatsmännern die Dinge kaum allzu weit fördern kann. Es muß also immer wieder darauf gewartet werden, allzu große Hoffnungen auf die Berliner Besprechungen zu setzen. Sie werden gewiß die Möglichkeit bieten, den deutschen Standpunkt zu allen diesen Problemen Herrn Simon und Herrn Eden klarzulegen, aber mehr wird man von ihnen auch nicht erwarten dürfen.

Der belgische Kriegsminister Dewezé Brüssel hat vor kurzem in einem Rundfunkvortrag mahnt mit Befriedigung auf die Rüstungen Belgiens hingewiesen. Er hat geschilbert, wie mehrere hundert Betonbunker für Rüstungsgüter das sogenannte Weppeneck von Luxemburg bilden, daß der Ausbau der Stellungen von Lüttich und Namur praktisch beendet sei, daß neue Depots für Sprengstoffe und Munition im ganzen Lande geschaffen würden und daß man zur Zeit auch in der Gegend von Antwerpen wichtige Befestigungsarbeiten ausführe, um den linken Flügel des belgischen Verteidigungssystems zu stärken. Weiter aber hat der Kriegsminister auch erklärt, daß die Verstärkung des Heeres weitere Mittel erfordere, die in einem außerordentlichen Haushaltsplan angefordert werden würden. Weniger begeistert von dieser Schilderung dürften wohl die belgischen Finanzkreise sein. Sie sind nämlich der Ansicht, daß Belgien ganz außerordentliche Opfer bringe, um seine Rüstungen auszubauen und den bevorstehenden Pariser Reife des belgischen Ministerpräsidenten Thénis besonders bemerkenswert hinzu, daß Belgien diese Opfer auf die Dauer nur dann bringen könne, wenn Frankreich dem belgischen Handel keine Schwierigkeiten bereite. In einem Bericht, den der ehemalige belgische Minister Janssens über die Finanzkommission des Senats zum Haushaltsplan vorlegt, heißt es nämlich u. a.: „Seit dem Waffenstillstand haben wir bereits 15 Milliarden für die Landesverteidigung ausgegeben und trotz der scharfen Krise, die unsere Ressourcen aufhebt und die uns die schwere Last der Unterhaltungsvorsorge von 350.000 Arbeitslosen auferlegt hat, fahren wir fort, unsere Grenzen in einen stets besseren Verteidigungszustand zu bringen. Es wird uns jedoch unmöglich sein, dies weiter durchzuführen, wenn man uns eine wirtschaftliche Blockade auferlegt, die den Bestand unseres Volkes in Gefahr bringt. Das kann und muß gelöst werden.“ Mit anderen Worten heißt das, daß sich Belgien, wenn Frankreich seine Handelspolitik Brüssel gegenüber nicht ändert, über kurz oder lang gezwungen sehen wird, die Hunderte von Millionen, die es bisher für Rüstungen ausgab, für andere Zwecke zu verwenden. Es bleibt freilich abzuwarten, ob diese sanfte Mahnung in Paris besonderen Eindruck machen wird.

Die bekannte Militärzeitschrift „Deutsche Brandtadel Wehr“ hat jetzt gewissermaßen aus dem Inneren eine „Deutsche Wehrzeitschrift“ geschaffen, als deren Nummer 1 Haupt-

mann Hans Wagner ein sehr instruktives Heft „Brandtadel im Inneren“ vorlegt (Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg). Es könnte scheinen, als ob dieses Heft etwas zur Unzeit kommt, angesichts der Tatsache, daß ja nunmehr endlich nach sehr langwierigen Verhandlungen die Verträge über den Verkauf der Ostschiffahrt an Japan am 23. d. M. in Tokio unterzeichnet werden sollen. Damit ist gewiß ein Streitobjekt zwischen Sowjetland und Japan beseitigt, aber es ist trotzdem in der sowjetrussischen Presse herzlich wenig von einer Entspannung der Beziehungen zwischen Moskau und Tokio festzustellen. Das russische Armeefeld zeigt sich nach wie vor recht nervös wegen der Lage im Fernen Osten und andererseits zeigt es auch die Tatsache russischer Neubauten, die gewissermaßen einen Ersatz für die Ostschiffahrt bilden sollen, daß die Sowjets zwar den Prestigeverlust in der Nordmanchurien einsehen, daß sie aber keineswegs etwa daran denken, Radio-Wolke preiszugeben. Gewiß tauchen auch in mehr oder minder regelmäßigen Abständen Nachrichten von einem angeblich geplanten sowjetrussisch-japanischen Nichtangriffspakt auf, denen dann meist ebenso schnell ein Dementi folgt. Im ganzen wird man wohl

Die deutsch-österreichischen Wirtschaftsbeziehungen.

Eine Rede des Gesandten von Japan.

Wien, 15. März. Am Donnerstag fand in dem großen Saal der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie die 15. ordentliche Vollversammlung der deutschen Handelskammer in Wien statt. Im Anschluß daran hielt der deutsche Gesandte in Wien von Japan einen Vortrag über Wirtschaftsverhältnisse. Japan geht, er kündete an die viel beachtete Rede Dr. Schötsch, eingehende Aufklärung über die aufzunehmende Planwirtschaft, die auf inländische Konjunktur als Ersatz für den verlorenen Anteil an einem auf Drittel seines Volumens geschrumpften Weltmarkt aufgebaut sei und gegenwärtig auf Deutschland als einziger Ausweg im Kampfe um seine Weiterentwicklung überblicken sei.

Den zweiten Teil seines Vortrags widmete der Gesandte den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich. Nach ein-



